

Für Bayerns Zukunft: Ja zu mehr Kinderbetreuung! Nein zum Betreuungsgeld!



Petition an den Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Die Unterzeichnenden fordern den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung auf, den Ausbau der Kinderbetreuung massiv voranzutreiben und sich im Bundesrat gegen die Einführung des Betreuungsgeldes einzusetzen!

Name, Vorname

Adresse

Unterschrift

Name, Vorname

Adresse

Unterschrift

Name, Vorname

Adresse

Unterschrift

Name, Vorname

Adresse

Unterschrift

Name, Vorname

Adresse

Unterschrift

Name, Vorname

Adresse

Unterschrift

Mehr Kinderbetreuung statt Betreuungsgeld!

Bayern hat enormen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Bundesweit liegt der Freistaat mit einer Ganztagsbetreuungsquote von 4,9 Prozent an vorletzter Stelle - der Bundesdurchschnitt ist 11,6 Prozent! Ab 2013 hat jedes Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz. Der Deutsche Städtetag geht in größeren Städten von einem tatsächlichen Bedarf von 50 Prozent aus. Dieser Bedarf ist bei weitem noch nicht gedeckt. Das bedeutet: Land und Bund müssen schnell und massiv in den Ausbau der Kindertagesstätten investieren.

Doch das Geld wird an falscher Stelle ausgegeben: Für 2013 ist das geplante Betreuungsgeld mit 400 Millionen Euro vorgesehen, ab 2014 sollen es 1,2 Milliarden Euro sein. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung rechnet aktuell sogar mit zwei Milliarden Euro jährlich. Das Betreuungsgeld soll nur an diejenigen gezahlt werden, die ihr Kind nicht in eine Kindertagesstätte geben. Dagegen weisen wissenschaftliche Untersuchungen nach, dass - neben der Bindung an die Eltern - frühkindliche Erziehung für eine gute Entwicklung der Kinder fördernd ist.

Das CSU-Betreuungsgeld wäre also eine Fehlsteuerung von Finanzmitteln. Finanzielle Anreize, keiner oder einer geringen Berufstätigkeit nachzugehen, wirken sich schädlich auf den Aufbau einer Altersvorsorge für den Elternteil aus, der wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten zu Hause bleiben muss. Statt notwendiger Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf senkt das Betreuungsgeld besonders die Frauenerwerbsquote, so lautet das Ergebnis des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), welches die Folgen des 2006 in Thüringen eingeführten Betreuungsgeldes analysierten.

Wenn Familien wirkliche Wahlfreiheit haben sollen, dann muss das Betreuungsgeld gestoppt und die dafür vorgesehenen Gelder in die frühkindliche Erziehung investiert werden – in erster Linie zum Wohle der Entwicklung unserer Kinder. Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft.

Bitte die Unterschriften schicken an:

BayernSPD, Oberanger 38, 2. Stock, 80331 München

Einsendeschluss: 1. Juli 2012